



Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 11017 Berlin

Hessisches Ministerium für Arbeit, Integration,
Jugend und Soziales

Frau Ministerin Heike Hofmann

Postfach 3140

65193 Wiesbaden - Ministerinbüro -

SR.
B.2
N.1

HMSI	
Ministerinbüro -	
☒ LMB / M 4	
☒ Abt. III	
☐ Stab.	
13. Juli 2026	
mit der Bitte um:	
☐ AE (Min / StSin / StSin I / Abt. / Stab)	☐ Stellungnahme / Vermerk
☒ z.K. (vor / nach Abgang)	
☐ z.w.V.	
☐ zum Verbleib / z.d.A.	☐ Frist:

Lilian Tschan

Staatssekretärin

Wilhelmstraße 49, 10117 Berlin

Postanschrift: 11017 Berlin

Tel. +49 30 18 527-2847 / 2845

buero.tschan@bmas.bund.de

Berlin, 8. Juli 2026

Sehr geehrte Frau Ministerin Hofmann,

ich danke Ihnen für Ihr Schreiben vom 16. Juni 2026 an Frau Bundesministerin Bas und teile Ihre Auffassung, dass wir uns gegenwärtig in einer für die Architektur der künftigen europäischen Kohäsionspolitik entscheidenden Phase befinden.

Unser gemeinsamer Fokus gilt hierbei dem künftigen Europäischen Sozialfonds (ESF), der nach den Vorschlägen der Europäischen Kommission im Mehrjährigen Finanzrahmen 2028 bis 2034 Teil eines „Nationalen und Regionalen Partnerschaftsplans“ (NRPP) sein wird. Die damit einhergehende Neuausrichtung erfordert ein Umdenken und rasche, tragfähige und handhabbare Lösungen bei der Gestaltung der Umsetzung. Hier muss insbesondere den föderalen Strukturen in Deutschland Rechnung getragen werden.

Die Bundesregierung setzt sich für eine starke Rolle der Regionen ein, wozu neben direkten und bilateralen Verhandlungsmöglichkeiten der Regionen mit der Europäischen Kommission auch die ebenengerechte Verknüpfung von Reformen und Investitionen gehört. In den Bereichen Governance und Überwachung wird die Möglichkeit bestehen, sich auf bestehende nationale und regionale Strukturen und Mechanismen zu stützen und hiermit einem möglichen Aufwuchs an Verwaltungsaufwand zu begegnen und Kontinuität zu gewährleisten.

Ich teile Ihre Sorge, dass u.a. durch die fehlende eigene Budgetlinie für den ESF eine Mittelreduzierung zulasten des ESF droht. Um die drohenden Mittelkürzungen zu begrenzen, setzt sich das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) – neben

einer Anhebung der Mindestquote für Soziales – für eine Konzentration dieser Mittel auf Interventionen in Beschäftigung, Bildung und soziale Inklusion ein.

Des Weiteren setzt sich das BMAS zusammen mit der Bundesregierung für einen schnellen Abschluss der Verhandlungen ein, um eine Förderlücke zwischen den Förderperioden zu vermeiden.

Gegenwärtig sehen wir uns mit tiefgreifenden Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft konfrontiert. Lassen Sie uns gemeinsam mit Hilfe eines starken ESF auch weiterhin in Menschen investieren und ihnen neue Chancen eröffnen.

Hierfür setzen wir uns jetzt und in Zukunft ein und zählen auf Ihre Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen



Lilian Tschan